

Zeitung für den Barnim

Offene Worte

Jeden
Tag neu.

Online
Nr. 732

29. Juli 26
36. Jahrg.

Die Linke

Barnim

Wie man es dreht

„Der deutsche Staat hat kein Einnahmeproblem“, sagt eine CDU-Bundestagsabgeordnete. Dabei wird unglaublich an den Ausgaben gestrichen. Und die Vermögen steigen.

„Der deutsche Staat hat kein Einnahmeproblem“, sagte die CDU-Bundestagsabgeordnete Vanessa Zobel. Anlass dafür war nach Angaben des „Spiegel“ die Einführung einer Zuckersteuer ab 2027. Sie soll es nach dem Willen der Bundesregierung geben, um mehr Einnahmen für die gesetzlichen Krankenkassen zu erhalten. Nun gibt es aus den Reihen der CDU

darin Kritik, neue Steuern würden die Wirtschaft belasten. Gleichzeitig aber werden Ausgaben zuhauf gestrichen. Allein das weist darauf hin, dass es ein Einnahmeproblem gibt.

Und die Vermögen steigen, aber die Vermögensteuer ruht in Deutschland bereits seit 1997. Grund dafür war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1995. Es stellte fest, dass so genanntes Grundvermögen begünstigt wurde, weil die steuerlichen Werte seit 1964 nicht mehr geändert worden waren, erläutert das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) auf seiner Homepage. Deshalb sei die Festsetzung verfassungswidrig. Die damalige Bundestagsmehrheit aus CDU und



Einnahmen aus der Vermögensteuer würden laut Grundgesetz an die Bundesländer gehen.

FDP wollte die Vermögensteuer abschaffen und drehte den Spieß einfach um: Anstatt Grundbesitz neu zu bewerten, gab es ein Steuergeschenk an die Vermögenden: Die Vermögensteuer wird seit 1997 nicht mehr erhoben. Das Vermögensteuergesetz gibt es jedoch weiterhin. Es könnte wieder in Kraft treten. Dazu müsste man vor allem die Vermögensbewertung neu regeln.

Einen Vorschlag macht Die Linke. Sie will Vermögen über einer Million Euro besteuern. Das bedeutet, wer eine Million und einen Euro besitzt, muss nur auf den einen Euro Steuern zahlen. Die Linke will ab einem Vermögen von einer Million Euro 1 Prozent im Jahr, ab 50 Millionen 5 Prozent und

ab einer Milliarde 12 Prozent pro Jahr ansetzen. Vermögen bedeutet aber, dass Schulden abgezogen werden, z.B. wenn jemand einen Kredit aufgenommen hat, um sein Eigenheim zu finanzieren. Wobei selbst genutzter Wohnraum eh außen vor bleiben soll. Der Freibetrag soll pro Person gelten. Das DIW schätzt, dass bei diesem Ansatz etwa 700.000 Menschen zahlen müssten, die allerdings 33 Prozent des Privatvermögens der Bundesrepublik besitzen.

Die Süddeutsche Zeitung hat die Daten der Bundesbank ausgewertet und schreibt, dass das Nettovermögen (also nach Abzug von Schulden) aller deutschen Haushalte derzeit 13,403 Billionen Euro beträgt. 54 Prozent, also über die Hälfte davon, gehören den reichsten 10 Prozent. Darin enthalten sind Immobilien, Bargeld, Firmen, Autos. Damit ist das Vermögen in Deutschland sehr ungleich verteilt, im Vergleich zu vielen anderen Ländern. Es wird Zeit für eine Vermögensteuer. Laut Grundgesetz steht sie den Bundesländern zu. Diese brauchen sie, weil sie zuständig sind für Öffentlichen Nahverkehr, Gesundheitsversorgung und Bildung. bc

nächste Online-Ausgabe am 30. Juli

Herausgeber: Virtuelle AG Offene Worte der Barnimer Linken & Kreistagsfraktion der Linken, ViSdP: Dominik Rabe.
Kontakt: Die Linke Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon: 03334-385488
E-Mail: offeneworte@dielinke-barnim.de
Spendenkonto Offene Worte (Druckkosten): DIE LINKE Barnim, IBAN: DE33 1705 2000 3120 051429
Verwendungszweck: Spende OW.